

05.05.2022

Sophia Dornfeld

sophia.dornfeld@univie.ac.at

## **Klimagerechte Transformation des Automobilsektors? Auswirkungen der „grünen Transformation“ aus einer politökonomischen Perspektive**

Unter dem Credo des „klimaneutralen Wohlstandes“ strebt die neue deutsche Bundesregierung Deutschlands eine Transformation des Industriestandorts Deutschlands an. Im Koalitionsvertrag heißt es hierzu folgendermaßen:

„Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen. [...] Wir müssen die Klimakrise gemeinsam bewältigen. Darin liegen auch große Chancen für unser Land und den Industriestandort Deutschland: Neue Geschäftsmodelle und Technologien können klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit schaffen.

Wir sehen den Weg zur CO<sub>2</sub>-neutralen Welt als große Chance für den Industriestandort Deutschland. Neue Geschäftsmodelle und Technologien können klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit schaffen [...]“ (Koalitionsvertrag 2021: 64).

Doch ist klimaneutraler Wohlstand überhaupt möglich ohne ein sozial-räumlich höchst exklusives Konzept zu bleiben? Wie ist das Bestreben der deutschen Bundesregierung vor dem Hintergrund bestehender globaler Klima(un)gerechtigkeiten zu bewerten? Werden mit dieser Strategie sozial-ökologische Kosten externalisiert?

Ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftsstandorts Deutschland stellt die Automobilindustrie dar. Gleichzeitig ist eben dieser mit seiner aktuell fossilistischen Ausrichtung ein Marktweig, der besonderen Transformationsbedarf hat, nicht zuletzt, um weiterhin international konkurrenzfähig zu sein. Dementsprechend soll laut Koalitionsvertrag der neuen deutschen Bundesregierung Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität mit mindestens 15 Millionen Elektro-Pkw bis 2030 werden (ebd.: 51f.). Die Bedeutsamkeit des Automobilsektors für den Wirtschaftsstandort Deutschland soll so erhalten werden. Gleichzeitig setzt sich die Bundesregierung für eine Abschwächung der EU-Standards zur Zulassung von Elektro-Autos ein, indem sie sich für Plug-In-Hybride als eben solche stark macht, welche jedoch auch mit fossilen Brennstoffen angetrieben werden können, und somit nur sehr individuell weniger Treibhausgas emittieren.

Anhand der geplanten Transformation des Automobilindustrie Deutschlands hin zur Elektromobilität, möchte ich mich aus einer politökonomischen Perspektive, mit dem von der neuen deutschen Bundesregierung angestrebten klimaneutralen Wohlstand auseinandersetzen. In einer längeren Arbeit soll die geplante Transformation des Industriezweigs der Automobilindustrie auf mehreren Ebenen kritisch analysiert werden. Einerseits soll nach der Angemessenheit des Programms für das tatsächliche Erreichen der Klimaneutralität gefragt werden, andererseits wie die angestrebte Transformation politisch einzuordnen ist.

In diesem Rahmen möchte ich das Konzept des klimaneutralen Wohlstands kritisch hinterfragen und in Anlehnung an Ulrich Brand und Markus Wissen (2013) danach fragen, ob bzw. inwieweit es sich bei dem Projekt des klimaneutralen Wohlstands um eine Form der kapitalistischen Anpassung an die sozial-ökologische Krise handelt, bei der die hegemoniale Stellung der Länder des so genannten "globalen Nordens" beibehalten bleibt. Hierbei möchte ich mich mit dem zu erwartenden Anstieg der Nachfrage seltener Erden beschäftigen, um hiervon ausgehend die Auswirkungen der Politik der Bundesregierung auf Länder, in denen diese seltenen Erden abgebaut werden. Hierbei möchte ich auch auf die industriepolitische Absicherung der Ressourcen eingehen, welche für den Umbau der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität benötigt werden (insbesondere Lithium und Kobalt).

Daran anschließend möchte ich mich mit dem Konzept der Green Economy auseinandersetzen als Suchbewegung welche einen „*Korridor des politischen Möglichen und Plausiblen*“ (ebd.: 132) vorgebe, andere ökologische Ansatzalternativen verdunkle und potenziell zur neuen Formation eines grünen Kapitalismus führen könnte, der den postfordistisch-neoliberalen Kapitalismus verdrängt.

### **Literatur:**

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen. In: Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S.132-148.

Koalitionsvertrag (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP).